

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 31 / HERBST 2011



Thema: Europa

REFORMEN, DIE NICHT GREIFEN

Werner Weidenfeld

Die Europäische Währungsunion

WUNSCHDENKEN HILFT NICHT

Hans-Werner Sinn

Über die Energiewende hinaus

ANDERS LEBEN, ESSEN, KAUFEN

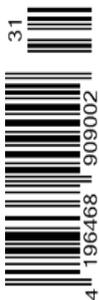
Heribert Prantl

Schweisfurth-Stiftung

SOZIALE INNOVATIONEN

Interview mit Franz-Theo Gottwald

D, AU: 9 Euro, CH: 14 Fr



Die Lüge holt wieder ihr abgetragenes Kleid aus dem Schrank: die halbe Wahrheit.

Frau Merkel, die neuerdings (so im *Spiegel*) „Glühende“, erzählt, Europa stehe und falle mit der gemeinsamen Währung. Das ist keine ganze Wahrheit. Europa und der Euro: Die beiden sind nicht identisch.

Machen wir es richtig und kompliziert: Von den 27 Ländern der EU gehören nur 17 zur Eurozone; zehn wichtige EU-Mitglieder, zum Beispiel England, Schweden und Ungarn, sind gar nicht dabei. Dagegen verwenden fünf kleinere Nicht-Mitglieder (darunter Monaco und der Vatikan) den Euro trotzdem als offizielle Währung. Die EU-Mitglieder Bulgarien, Dänemark, Lettland und Litauen jedoch haben im sogenannten Wechselkursmechanismus II (WKM II) ihre eigene Währung behalten und nur locker an den Euro gebunden (übrigens auch 16 afrikanische Länder). Und dann noch dies: Zur europäischen Zollunion gehört etwa auch das Nicht-EU-Mitglied Türkei. Und dem Schengener Abkommen sind die EU-Mitglieder Großbritannien, Irland, Bulgarien und Rumänien nicht beigetreten (siehe auch die Grafik Seite 56).

Alles das ist Europa. Die Union zeigt sich unter verschiedenen Aspekten immer wieder anders. Hätte Frau Merkel die ganze Wahrheit im Sinn, dann müsste sie sagen: Der Euro ist kein Schicksal. Er ist nur Geld (würde meine Großmutter sagen).

Ein weitaus umfassenderes Bild unseres Themenschwerpunkts haben hier drei Autoren im Blick: der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld, der OECD-Chefökonom Eckhard Wurzel und Hans-Werner Sinn, der Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Es ist bemerkenswert, dass unabhängig voneinander und mit jeweils guten Argumenten alle drei dafür plädieren, keine (ohnehin unkalkulierbare) Europa-Haftung für selbstverschuldet in Schwierigkeiten geratene Länder einzuführen, noch dazu im Verborgenen, die Transferunion sozusagen unter dem Ladentisch. Ganz praktisch: Selbst wenn beispielsweise Griechenland zeitweilig nicht mehr der Eurozone (aber wei-

terhin der EU) angehören würde, so wäre seine wirtschaftliche Erholung zwar stürmischer, aber erheblich schneller zu erreichen als innerhalb der Eurozone (Hans-Werner Sinn: „Ein halbes Jahr Gewitter, aber dann scheint wieder die Sonne“). Angesichts dieser bitteren Wahrheit helfen auch hektische Placebo-Maßnahmen nicht weiter: „Ein Pflaster auf eine Wunde zu kleben, die mit mehreren Stichen genäht werden müsste, löst das Problem nicht“, zitiert der *Spiegel* einen Hedgefonds-Manager.

Woher kommt es dann, dass die entscheidenden Politiker nicht nähen, sondern kleben?

Es steht ein Elefant im Raum. Er ist groß, sein Rücken streift schon die Decke, und er wächst immer noch weiter. Die politische Klasse jedoch tut so, als wäre er nicht da; sie schlägt die Augen nieder und geht scheu und auch bei hektischen Telefonkonferenzen flüsternd um ihn herum, vor Angst, er könnte mit dem Fuß aufstampfen. Der Elefant hat einen Beruf: Er ist Banker. Sein Name? Ach Gott, er hat so viele Namen. Und er ist bei allen Gipfelgesprächen im Raum, bei Tagungen und Nachtsitzungen, so dass nichts geschieht, was ihn reizen könnte. Besser, wir benehmen uns weiter so, als gäbe es ihn nicht.

Deshalb nähen sie nicht.

Noch einmal: Der Euro ist weder Europa, noch ist er unser Schicksal. Es geht auch ohne ihn. Oder, noch raffinierter, neben ihm: Schon entwickeln sich so weit unterhalb der offiziellen Politik, dass es fast niemand bemerkt, neue Lebensformen, gerade in Griechenland (so das ZDF), die problemlos mit Komplementärwährungen wirtschaften.

Europa wird leben, solange es eine Idee ist, ein gutes politisches Projekt. Als Geldmaschine für eine Oligarchie globaler Banken mit angehängtem Euro-Finanzminister wird es untergehen.

Fritz Glunk

Ohne Gegenstrategie?

Europa in der Krise

Den Ruf nach einer Strategie für Europa konnte man in der Vergangenheit schon einige Male hören; aber da ging es mit einer klugen Durchwurstelei dann doch immer weiter. Jetzt offenbar nicht mehr. Die allmählich hektischeren Reparaturen greifen nicht mehr. Können die so verschiedenen Länder Europas überhaupt im gleichen Schritt und Tritt weiterkommen? Oder gäbe es da eine andere Vision?

Von Werner Weidenfeld

Europa liefert fast stündlich neue Krisenmeldungen. Mal dreht es sich um die gemeinsame Währung und die nationalen Verschuldungen, mal geht es um die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, mal um weltpolitischen Dissens der Europäer. Vor diesem Hintergrund blühen Wahlerfolge rechtspopulistischer Anti-Europa-Kräfte auf. Dies geschieht in den Niederlanden wie in Finnland, in Ungarn wie in Frankreich. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass Bundespräsident Wulff markant formuliert: „Ich bin in Sorge um mein Europa.“ Er warnt vor nationalen Alleingängen und meint: „Es gibt das Gefühl, dass es nicht fair zugeht.“

Wie kann eine angemessene Antwort auf diese aktuellen Herausforderungen lauten? Europa müsste die situative Hektik hinter sich lassen, die keine Orientierungssicherheit vermittelt. Höchste komplexe Problemlagen müssen verständlich vermittelt werden. Die Ziele müssen klar sein, ebenso die Schritte auf diese Ziele hin. Europa braucht also eine Strategie.

Dies ist nicht zum ersten Mal der Fall. Auch früher wurden solche Rufe laut. Als zum Beispiel Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre der Niedergang Europas unübersehbar wurde, da sprach man von „Eurosklerose“. Der französische Präsident François Mitterand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl beauftragten Jacques Delors damit, eine Rettungsstrategie zu entwickeln.

Professor Dr. Werner Weidenfeld ist Inhaber des Lehrstuhls Politische Systeme und europäische Einigung am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

Delors bat zunächst um einige Monate Zeit zum Nachdenken. Dann legte er einen Plan vor. Europa benötige eine große, identitätsstiftende Aufgabe, um neue Kräfte mobilisieren zu können. Er sehe zwei Herausforderungen: die Neuorganisation der Sicherheit Europas und die Vollendung des Binnenmarktes. Welche der beiden Aufgaben wolle man nun meistern, fragte er. Man entschied sich für die Vollendung des Binnenmarktes. Fast 300 Gesetze galt es in einem präzisen Zeitrahmen zu entwerfen und zu verabschieden. Diese Großleistung wurde dann noch gekrönt durch die Wirtschafts- und Währungsunion. Ein solch erfolgreiches Modell der Krisenüberwindung könnte Europa heute auch aus seiner „zweiten Eurosklerose“ befreien. Wie könnte aber gegenwärtig eine identitätsstiftende Aufgabe lauten? Dass die Entscheidungen dabei häufig nur reaktiv sind und nicht immer den Erwartungen entsprechen, liegt zum einen an der Interessenheterogenität der 27 EU-Mitglieder. Zum anderen ist dies auf die komplexe Entscheidungsstruktur der Europäischen Union zurückzuführen, die sich auf zahlreiche Ebenen und Akteure erstreckt.

Die Verständigung auf einen tragenden Grundkonsens über die Ausrichtung und den Sinn der Europäischen Union könnte an dieser Stelle Abhilfe schaffen und einen stabilen handlungsleitenden Rahmen über die tagespolitischen Ereignisse hinaus bieten. Deswegen ist jetzt die Frage zu stellen, womit Europa heute neue Vitalität finden kann. Sie wird nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute nur als die rettende, ele-

mentare Antwort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der ‚zweiten Eurosklrose‘ kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht.

Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen für jeden Einzelnen. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht.

Dieses Potenzial muss angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht.

Nicht die großen Apparate werden diese Krise überwinden, das kann nur die große Idee, der richtige geistige Entwurf. Aus ihm entsteht das Momentum, mit dem Europa sein neues Gesicht gewinnt.

Die immer größer gewordene Union wirkt und wirkt weit über ihre Grenzen hinaus. Mehrere erfolgreiche Erweiterungsrunden haben dabei die Heterogenität innerhalb der

EU erhöht. Ökonomische, soziale und politische Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bleiben trotz steigender Kohärenz bestehen. Die Vorstellungen davon, wie sich das Gebilde namens EU entwickeln soll, streben zunehmend auseinander. Eine Vertiefung der Integration im Gleichschritt wird daher immer schwieriger zu bewerkstelligen sein. Entscheidend ist es, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

Bereits in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem bevorstehenden Beitritt neuer Mit-



gliedstaaten aus Mittelost-Europa Strategien zur Vertiefung und Erweiterung parallel verfolgt wurden, besannen sich Europas Staatslenker auf eine Idee, die Willy Brandt und Leo Tindemans zwanzig Jahre zuvor geprägt hatten: die differenzierte Integration. In ganz verschiedenen Politikbereichen sind seitdem Integrationschritte erfolgt, an denen sich nicht alle EU-Mitglieder beteiligen. Die Eurozone, der Schengen-Raum und weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration schon seit Jahren ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist. Primärrechtlich wurde die differenzierte Integration erstmalig im Vertrag von Amsterdam verankert. Die Regeln dafür waren kompliziert und in der Realität nicht anwendbar. Das hat man erkannt und die Regeln und Anwendungsbereiche von Nizza über den gescheiterten Verfassungsvertrag bis zum Vertrag von Lissabon verändert und es damit eher ermöglicht, Schritte der differenzierten Integration zu gehen.

Man hat diese Möglichkeit im neuen Vertrag mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ sogar auf die Verteidigungspolitik ausgeweitet. Trotz des weiter schwierigen Procedere war die Anwendung der differenzierten Integration nie einfacher als heute. Differenzierte Integration kann als Labor für das Innovationspotenzial der EU dienen. Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union haben. Allerdings gilt es vorsichtig zu sein.

Um „Wildwuchs“ zu vermeiden, muss differenzierte Integration als strategisches Instrument an verschiedene Prämissen geknüpft werden. Sie darf erstens den allgemeinen Zielen der Union nicht zuwiderlaufen. Zweitens muss jede Form der Differenzierung grundsätzlich allen Mitgliedstaaten offenstehen. Drittens birgt die differenzierte Integration trotz aller positiven Erfahrungen das Risiko, zentrifugale Kräfte freizusetzen. Als Drohkulisse für integrationsunwillige Mitgliedstaaten oder als Instrument machttaktischer Überlegungen ist sie daher

nicht geeignet. Politische Führung ist zwingend erforderlich, um bestehende und zukünftige Differenzierungsprojekte in einen gesamteuropäischen Kontext einzubinden. Nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die neue Troika aus Präsident des Rates, Kommissionspräsident und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik müssen hierbei eine entscheidende Rolle spielen, denn differenzierte Integration sollte in Zukunft vorzugsweise im Rahmen der Unionsverträge und nicht über eine rein intergouvernementale Zusammenarbeit wie in der Vergangenheit ablaufen.

Im Umfeld der differenzierten Integration kursiert eine Vielzahl von Schlagworten und Leitbildern, von der abgestuften Integration über ein „Europa à la carte“ bis hin zum Gedanken eines Kerneuropas. Ein zukunftsfähiges Modell der Differenzierung muss sich an der Vorstellung eines offenen Gravitationsraums orientieren. Sowohl ein fester und geschlossener Kern von Mitgliedsstaaten, der stets gemeinsam voranschreitet, als auch die Beliebigkeit unbegrenzter Wahlmöglichkeiten würden zwangsläufig eine Spaltung der Union herbeiführen.

Differenzierte Integration bedeutet eben gerade nicht, eine Zweiklassengesellschaft der europäischen Staaten einzuführen. Stattdessen sollten dort, wo eine Vertiefung gegenwärtig nicht mit allen Mitgliedstaaten erfolgen kann, gezielt sachorientierte Kooperationsformen entstehen. Ist ein solches Projekt dann erst einmal erfolgreich umgesetzt, wird es die notwendige Anziehungskraft für den Beitritt weiterer Staaten entwickeln.

Differenzierung in diesem Sinne ist also vor allem zeitlich beschränkt zu sehen. Das heißt: keine dauerhafte Trennung konkurrierender Integrationsräume, sondern verschiedene Differenzierungsinitiativen, die sich nach und nach auf die ganze Europäische Union überführen lassen. Differenzierte Integration ist keine Gefahr, sondern eine Chance. In den Köpfen der politisch Verantwortlichen, aber auch der Integrationsbefürworter in Wissenschaft und Gesellschaft, muss sich diese Sicht erst noch durchsetzen. 